



LINKE LISTE Nürnberg.

Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13, 90489 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz

90403 Nürnberg

Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13
90489 Nürnberg
Telefon: 0911 – 2 87 60 13
www.linke-liste-nürnberg.de
buero@linke-liste-nuernberg.de
Nürnberg, 17. Februar 2017

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

die Stadtratsgruppe der Linken Liste stellt folgenden Antrag:

1. Anlässlich des 22. Filmfestival Türkei-Deutschland wird auf Partnerschaft und Sponsoring mit dem türkischen Konsulat bzw. Staat verzichtet.
2. Die Stadt Nürnberg - Stadt der Menschenrechte - setzt damit bei diesem wichtigen kulturellen Event ein starkes Zeichen für Menschenrechte in der Türkei. Die Stadt Nürnberg verzichtet auf eine Einladung und Statement auf der Bühne eines Vertreters des türkischen Staates bei der Eröffnung und Durchführung des Events.
3. Die Stadt Nürnberg überprüft, ob und in welcher Höhe der türkische Staat finanziell das Festival unterstützt und schließt ggf. die Finanzierungslücke Filmfestivals durch Eigenmittel.

Begründung:

Das „Bündnis für Frieden in Kurdistan“ hat mit einem offenen Brief (Ende Januar 2017) den Oberbürgermeister, die Kulturreferentin, den Kulturdirektor, das Menschenrechtsbüro, die Festivalleiterin und das InterForum Kunst & Kultur - Nürnberg International e. V. angeschrieben. Das Bündnis macht auf die gegenwärtige Verfasstheit der Türkei aufmerksam und in diesem Zusammenhang formulierte es einige Anregungen bezüglich der Rolle des türkischen Staates bei dem Filmfestival Türkei Deutschland.

Das Filmfestival Türkei Deutschland findet Anfang März zum 22. Mal statt. Dabei wird traditionell der Preis „Öngören“ für Demokratie und Menschenrechte vergeben. Solch ein kulturell wichtiges Ereignis in Nürnberg muss seinen entsprechenden Geist bewahren.

Die Türkei bewegt sich immer mehr in Richtung Chaos. Ein neues Ausmaß an antidemokratischen und diktatorischen Maßnahmen ist erreicht. Der türkische Präsident, R. T. Erdogan, ist weiter auf dem Vormarsch: Er entlässt zehntausende BeamtInnen, schließt oppositionelle Medienanstalten und möchte über die Wiedereinführung der Todesstrafe abstimmen lassen. Die Zahl der verbotenen Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehsender in der Türkei ist auf mehr als 160 angestiegen. Momentan sind in der Türkei fast 150 JournalistInnen und VerlegerInnen in Gefängnissen. Demokratisch gewählte Abgeordnete werden grundlos verhaftet und inhaftiert. Erdogan nutzt den Ausnahmezustand weiterhin, um sich und seiner Partei den Weg zu einer faschistischen Diktatur zu ebneten.

Aus diesem Grund darf die Stadt Nürnberg - Stadt der Menschenrechte - den türkischen Staat als Partner und Sponsor für eines der wichtigsten kulturellen Events nicht dulden und muss ein starkes Zeichen für Menschenrechte in der Türkei setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Özlem Demir
Stadträtin der Linken Liste